

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	13/22 vom 20.12.2022
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	20.12.2022
Zeit:	19:00 Uhr – 22:05 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann und Dr. Welter; Stadträte Katzenstein, Konrad und Schmitz <u>FW</u> Stadträtinnen Erles und Streib; Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl und Wachert <u>CDU</u> Stadträtinnen, Oppelt und von Reumont Stadträte Bernauer und Wagner <u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel, Stadträte Hertel, Hornung und Schimpf <u>Linke</u> Stadtrat La Licata <u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch <u>Ortsvorsteher</u>
weiter anwesend:	
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Weber und Weichert; Stadträte Bergsträsser und Schendzielorz; Ortsvorsteher Erles
Urkundspersonen:	Stadträte Konrad und La Licata
Sachvortrag:	M. Robens und Reinhard, Kreisforstamt (TOP 3)
Schriftführerin:	Frau Thiele

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19 Uhr mit der Bürgerfragestunde.

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann zwei Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils 3 Minuten Redezeit.

Eine Bürgerin von der Waldwende bezieht sich auf den Koalitionsvertrag der Bundesregierung, wonach der Einschlag in alte Buchenwälder gestoppt und Wälder in Bundesbesitz mindestens nach FSC bewirtschaftet werden sollten. Sie fragt, ob die Stadt diesbezüglich eine Neuorientierung plane.

Der Bürgermeister antwortet, diese Frage könnten die Fachleute, die anwesend seien, dann später besser beantworten und er werde sie daher übergeben.

Die Bürgerin berichtet, dass Bürgerinnen und Bürger wegen dem Verkauf von Holz sehr besorgt seien und wissen möchten, wohin dies verkauft werde.

Der Bürgermeister verspricht hier ebenfalls, dass die Förster diese Frage später genauer beantworten werden. Er könne nur anhand der Rechnungen, die alle über die Verwaltung laufen, sagen, dass das meiste Holz in der Region bleibe. Nur sehr selten seien Rechnungen aus dem Ausland dabei.

Ein Bürger, von der Waldwende, fragt nach dem Plan 250 Buchen zu schlagen und neue Bäume zu pflanzen. Er verweist darauf, dass alte Buchen mehr CO₂ speichern würden und die Speicherfähigkeit mit dem Alter des Baumes steige. Alte Bäume würden daher mehr bringen als Neupflanzungen. Er fragt, warum nicht Regularien geschaffen würden, um der Verantwortung im Klimaschutz Rechnung zu tragen.

Der Bürgermeister verweist auf die Ausführungen bei der Waldbegehung und darauf, dass man Holz entnehme, da man es auch brauche und nicht nur aus dem Amazonasgebiet beziehen wolle. Wenn man Holz entnehme, werde dauerhaft CO₂ gespeichert. Man habe bereits den Hiebsatz reduziert und sei PEFC zertifiziert.

Eine Bürgerin von der Waldwende, kritisiert, dass im letzten Jahr die Fragen nicht im späteren Verlauf der Sitzung beantwortet worden seien. Sie fragt daher, ob die Möglichkeit bestehe, die Fragen später schriftlich einzureichen. Mit einem angepassten Waldmanagement, anders als jetzt, sehe sie die Chance eine Waldwende zu begleiten. Sie verweist auf ein Förderprogramm, das eine FSC-Zertifizierung erwarte, und sich nun richtig lohne, da auch eine Naturland-Zertifizierung gefördert würde. Sie fragt daher, welche Bereiche für eine mögliche Förderung vorgesehen seien und schlägt vor, Unternehmen zu beauftragen, dies für die Stadt zu übernehmen.

Der Bürgermeister sagt, man plane mit einem Defizit von fast 150.000 € und benutze den Wald nicht, um den Haushalt zu decken. Alle Stadträtinnen und -räte würden dahinterstehen. Man könne jedoch nicht ganz auf die Einnahmen verzichten und müsse den Wald bewirtschaften. Ihn sich selbst zu überlassen würde zu einer Situation wie im Hollmuth führen, wo mittlerweile nur noch ein Weg durchführe. Besonders in der Coronazeit haben viele den Wald wieder für sich entdeckt und man wolle den Wald daher auch als Naherholungsgebiet erhalten. Auch in Zukunft werde man den Wald bewirtschaften und habe bereits den Hiebsatz gesenkt.

Die Bürgerin bietet an, das Mission Paper der Waldwende zu übersenden, da sie für eine andere Bewirtschaftung des Waldes seien. Laut der Internetseite des Forstamtes würde die Abnahme von Brennholz auf 15 Festmeter begrenzt. Normalerweise verbräuche ein Haushalt ca. 6 Festmeter im Jahr. Es erstaune die Mitglieder der Waldwende sehr, wie es sich dabei um eine Reduktion handeln solle. Auch wenn Menschen mehr Holz nutzen wollten, seien diese Massen erstaunlich hoch. Das Holz könne sicher besser verwendet werden.

Der Bürgermeister erklärt, Brennholz werde nicht aus den Stämmen gewonnen, sondern aus dem Astholz und an Bürger verkauft. Herr Robens könne später dazu mehr sagen. Die Obergrenze bedeute nicht, dass jeder das holen müsse.

Ein Bürger und Mitglied der Waldwende fragt, wo die bei der Begehung erwähnten 10% unbewirtschaftete Waldfläche lägen.

Laut Bürgermeister gebe es Totholzreservate, auf die die Förster später noch näher eingehen würden.

Die Bürgerfragestunde ist 19:17 Uhr zu Ende.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 11/2022 vom 22.11.2022**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadtrat Hertel sagt, es fehle noch die Stellungnahme von Stadträtin Linier zu TOP 7.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die Einarbeitung der Änderungsvorschläge aus dem Gremium wird zugesagt.

2: **Haushalt 2023 – Einbringung durch den Bürgermeister**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 - Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: Beratung:

Der Bürgermeister sagt:

„Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ein aufregendes Jahr neigt sich zu Ende.

Ein Jahr, das uns neue Herausforderungen beschert hat, weil nicht demokratisch gewählter Staatschef am 24.02.2022 den völkerrechtswidrigen Angriff auf ein Nachbarland fortgesetzt hat.

Nun haben wir also gleich drei Krisen parallel zu bewältigen, denn Corona ist noch nicht weg, und mit der Aufnahme von Flüchtlingen ist die Verwaltung stark belastet und mit den steigenden Preisen über nahezu alle Sparten darüber hinaus alle Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Organisationen.

Unsere Verwaltung ist jedoch auf ein „Normaljahr“ ausgelegt und die Krisenbewältigung muss zusätzlich geleistet werden.

Meine Damen und Herren,

Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes lautet:

„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

Nun kann man der Meinung sein, das „Recht“ haben sie ja.

Leider haben sich jedoch Bundes- und Landesregierungen in den vergangenen Jahren immer wieder mit Entscheidungen in die kommunale Selbstverwaltung eingemischt.

Artikel 104a des Grundgesetzes stellt das Konnexitätsprinzip in den Verfassungsrang. Auf den Nenner gebracht: „Wer bestellt muss zahlen.“

Im Herbst dieses Jahres haben sich viele Verbände, Institutionen und zahlreiche Stadtoberhäupter an Bundesregierung, Landesregierung und an die jeweils lokalen Abgeordneten gewandt. Man kann mit Fug und Recht von einem landesweiten Protest sprechen.

Leider werden wir nicht gehört, wahrscheinlich sind diese Schreiben weitestgehend ungelesen im echten oder virtuellen Papierkorb gelandet. Innenminister Strobl hat ein nichtssagendes und inhaltsleeres Schreiben gesandt, MdB Castellucci hat immerhin ausführlich geantwortet, teilweise Verständnis gezeigt und einen konstruktiven Dialog angeboten.

Dabei sind die Forderungen und Empfehlungen in den zahlreichen Schreiben und Aktionen ähnlich – und letztendlich sind die Feststellungen besorgniserregend und für den Erhalt der Kommunalen Selbstverwaltung und der Kommunen insgesamt bedrohend.

Die Kommunen befinden sich im Dauerkrisenmodus. Kommunale Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger haben in den vergangenen zehn Jahren fast ausschließlich Krisen erlebt und immer in gesamtstaatlicher Verantwortung gehandelt.

Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Inflation, Wirtschaftskrise, Klimawandel. Diese multiplen Krisen müssen zeitgleich von den Städten und Gemeinden auf örtlicher Ebene und oftmals vom selben Personal gelöst werden.

Zugleich stellen wir jedoch fest, dass über die letzten Jahre und Jahrzehnte von Bundes- und Landespolitik immer neue Leistungen und Rechtsansprüche zugesagt wurden und das Maß an Bürokratie zwischenzeitlich zu einer Komplexität führt, die kaum mehr zu bewältigen ist.

Die Grenze der gesamtstaatlichen Leistungsfähigkeit ist überschritten. Die Belastungsgrenze in den Rathäusern ist erreicht. Allein die Sicherung des Ist-Zustands des kommunalen Leistungsportfolios erfordert heute einen Kraftakt. Wir können die großen Zukunftsaufgaben wie Klimaschutz, Digitalisierung und nachhaltige Daseinsvorsorge nicht mit den bisherigen politischen Antworten hinbekommen. Es braucht eine klare und ehrliche Analyse der aktuellen Lage, eine realistische Bewertung des Leistbaren sowie eine neue Festlegung des Erforderlichen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die in der Bundesrepublik Deutschland verfügbaren staatlichen Ressourcen ausreichen, um unserer Gesellschaft ein gutes Leben zu ermöglichen. Das gelingt aber nur, wenn es eine klare Fokussierung auf das Wesentliche und damit auf das Notwendige gibt. Ausgehend vom Bewusstsein, dass die Leistungsfähigkeit des Staates begrenzt ist, braucht es vorausschauende und ehrliche Politik mit klarer Prioritätensetzung.

Die Zeit eines ungebremsen Draufsattelns bei Standards, Rechtsansprüchen und staatlichen Leistungszusagen ist vorbei.

Wir brauchen ein gesamtstaatliches Verständnis darüber, dass Leistungen erst dann als Rechtsanspruch versprochen und zugesagt werden können, wenn deren Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit geprüft und mit der erfüllenden politischen Ebene vereinbart ist. Fehler in der Schrittfolge, wie beim Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung, darf es in der Zukunft nicht mehr geben. Erst muss die Machbarkeit geprüft werden, dann die Finanzierung geregelt, und erst dann darf beschlossen werden.

Gerade das Thema „verpflichtende Ganztagsbetreuung“ ab 2026 macht das sehr deutlich.

- 1. Fehler: Der Bund beschließt, obwohl für die Schulgesetze die Länder zuständig sind.*
- 2. Fehler: Es ist festgelegt, dass die Träger der Jugendhilfe verantwortlich sind – das ist bei uns der Kreis – obwohl die Grundschulen in der Trägerschaft der Kommune sind.*
- 3. Fehler: Über die Unterrichtsgestaltung entscheidet die Schulkonferenz.*

Das heißt bei uns: Wir müssen also abwarten, was die jeweilige Schulkonferenz beschließt – das kann sie auch noch im Jahre 2026 tun – und dann umsetzen.

Was für ein Wahnsinn!

Dabei gibt es ja verschiedene Modelle, und was will der Gesetzgeber überhaupt erreichen?

Mehr und bessere Bildung? Dann braucht es mehr Lehrerinnen und Lehrer, die nicht in Sicht sind, weil seit Jahren bei der Ausbildung gebremst wird.

Oder soll die Betreuung außerhalb des Bildungsplanes sein? Da kommen schnell die Musikschulen in den Fokus. Nur, auch bei der Ausbildung von Musikpädagogen wird geschlafen. Auch hier gibt es nicht genug – schon jetzt ist die Personalgewinnung für die Musikschule ein schwieriges Unterfangen. Oder sollen es die Vereine stemmen, die es ohnehin schon schwer haben, nach Corona wieder in Schwung zu kommen.

Oder geht es rein um stundenmäßige Betreuung? Na dann herzlichen Glückwunsch, wieder trifft es dann die Kommunen.

Wir schätzen, dass die Erweiterung des Hortes allein an der Grundschule Neckargemünd 7 neue Gruppen und damit auch 7 neuer Räume bedarf.

Wir müssen versuchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu binden bzw. neu zu gewinnen, deren Arbeitszeit morgens etwa eine Stunde und am Nachmittag wieder ein paar Stunden beträgt. In den Ferien sollen diese dann ganztags arbeiten.

Meine Damen und Herren, das wird so nicht gehen. Dieses Gesetz muss so schnell wie möglich weg und dafür vernünftig von Grunde auf gemeinsam diskutiert werden. Die Schrittfolge habe ich oben genannt.

Doch die Ganztagschule ist ja nur ein Beispiel.

Die Umsetzung des §2b Umsatzsteuergesetz ist ein weiteres. Die Optionsfrist sollte zum 31.12.2022 enden. Seit Jahren machen wir darauf aufmerksam, dass diese Frist nicht ausreicht, obwohl wir in der Stadt Neckargemünd dem Grunde nach gut vorbereitet sind.

Die abschließende Beschlussfassung fand im Bundesrat in der vergangenen Woche statt, wir haben also 14 Tage vor Fristende Planungssicherheit.

Nun kann man ja sagen: Rückblickend auf so manche Corona-Verordnung mit einer Vorlaufzeit von wenigen Minuten ist das ja förmlich Luxus.

Oder nehmen wir die EU-Datenschutzgrundverordnung: Es gibt keine Teilnehmerlisten bei Veranstaltungen und Seminaren – wenn man nicht zufällig erfährt, dass jemand auf der Wegstrecke das gleiche Ziel hat, dann fahren beide alleine - ist das im Sinne des Klimaschutzes?

Es gibt beispielsweise kein Impfreister, das uns in der stürmischsten Phase der Pandemie sehr geholfen hätte.

Den Vereinen laufen die Ehrenamtlichen davon – für die Umsetzung dieses Bürokratiemonsters hat keiner Zeit, Kraft und Lust.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich war jahrelang Datenschutzbeauftragter eines Unternehmens. Ich bin für Datenschutz. Nur, er muss angemessen sein. Bei uns in der Verwaltung sorgt er vor allem für steigende Kosten und Hindernisse in der Kommunikation. In Zeiten des Fachkräftemangels müssen wir mehr denn je Ressourcen effizient einsetzen.

Nächstes Beispiel: Das 49-Euro-Ticket

Bund und Länder zahlen jeweils 1,5 Milliarden EUR. Doch die Kosten werden höher sein, man geht von etwa 4,5 – 4,8 Milliarden EUR aus. Den Rest müssen dann die Aufgabenträger zahlen, das ist bei uns der Kreis, und der Kreis wird sich das Geld bei uns über eine höhere Kreisumlage holen. Dabei steht noch nicht fest, was beispielsweise mit unserer Job-Ticket-Vereinbarung sein wird. Aktuell zahlen wir jährlich einen fünfstelligen Betrag, um den Mitarbeitenden den Zugang hierzu zu ermöglichen.

Nächstes Beispiel:

Unsere geplante Freiflächen-PV-Anlage im Stadion. Diese könnte uns bei den Stromkosten im Freibad enorm entlasten. Sie kennen die aktuelle Rechtslage: Entweder kompletter Eigenverbrauch oder komplette Einspeisung in das Netz. Eine Mischnutzung ist rechtlich nicht möglich. Eine Anfrage in Stuttgart wartet seit Juli auf Beantwortung.

Bei den Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden hat sich der Eindruck verfestigt, dass diese Warn- und Hilferufe in den Landtagen und im Bundestag schlichtweg ignoriert werden. Den Landes- und vor allem Bundespolitikern fehlt es offensichtlich an Erfahrungen in der Verwaltungsarbeit und der Kommunalpolitik – die „Bodenhaftung“ ist verloren gegangen.

Es muss ein „gemeinsam“ geben – stattdessen werden die Vertreter der Kommunen wie Bittsteller am Nebentisch sitzen gelassen.

Wie oft lese ich in den Rundschreiben der kommunalen Landesverbände: „Wir wurden nicht beteiligt“, „wir bitten die kurzfristige Rückmeldefrist zu entschuldigen“ oder „unsere Vorschläge wurden nicht berücksichtigt.“

Was wir brauchen in Deutschland ist ein Bürokratieabbau. Was macht das Land Baden-Württemberg? Es schafft den Normenkontrollrat ab, dessen Aufgabe genau der Bürokratieabbau ist.

Die dürftigen Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels im Oktober sind ein weiterer Beleg dafür und der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Ein weiteres Mal wurde deutlich, dass gravierende Probleme einfach auf die unteren Verwaltungsebenen wegdelegiert werden. Für die menschenwürdige Unterbringung von zusätzlichen Flüchtlingen ist in unseren Städten und Gemeinden einfach kein Platz mehr da; bezahlbarer Wohnraum fehlt ja heute schon überall. Zur Behebung dieser Wohnungsnot stehen den Kommunen keine geeigneten Instrumente zur Verfügung. Wir stehen vor der Aufgabe, im kommenden Jahr erneut etwa 120 Geflüchteten Wohnraum zur Verfügung stellen zu müssen.

Dabei wird übersehen, dass die Kommunen nicht nur die finanziellen Mittel zur Umsetzung ihrer Aufgaben benötigen – vor allem die Ressource „Mensch“ ist begrenzt. Nach den zahlreichen Krisen der letzten Jahre – Corona, Flüchtlinge, Gasmangellage – sind unsere Mitarbeiter schlicht am Ende ihrer Kräfte.

Darüber hinaus sollen die Kommunen auch noch die gesamte Infrastruktur des Landes umbauen. Wir sollen vor Ort die Energie- und die Mobilitätswende bewältigen, die Wohnungsnot bekämpfen, die Digitalisierung beschleunigen, das Klima und nebenbei auch noch die Demokratie retten.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen das Onlinezugangsgesetz und das Informationsfreiheitsgesetz umsetzen und gleichzeitig den Datenschutz beachten. Die Kommunen sind gezwungen unzählige Statistiken auszufüllen, Biotopverbund- und Wärmenetzplanungen zu erstellen. Förderanträge müssen über externe Dienstleister gestellt werden, da weder die Bundes- und Landesbehörden noch die Kommunen in der Lage sind, im Förderdschungel den Durchblick zu behalten.

Es ist nicht die Frage, ob die Kommunen bereit sind, die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen, sie sind schlichtweg nicht mehr dazu in der Lage. Wer dies verkennt und immer weiter Hoffnungen und Erwartungen in der Bevölkerung (in Deutschland und darüber hinaus) weckt, der leistet einer gefährlichen Entwicklung Vorschub: Der Staat – und dieser wird in erster Linie vor Ort in den Kommunen erlebt – wird zunehmend als dysfunktional wahrgenommen. Das Vertrauen der Menschen in Politik und Verwaltung nimmt ab.

Gemeinsam mit vielen anderen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in ganz Baden-Württemberg fordere ich daher:

- eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben der Kommunen und des Staates*
- eine kritische Überprüfung der uns gestellten Aufgaben*
- eine ergebnisoffene Diskussion über vorgegebene Standards*
- die Entbürokratisierung und Entschlackung von Verfahren*
- die kommunale Selbstverwaltung muss wieder gestärkt werden.*
- eine ehrliche Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern durch Bundes- und Landespolitik*
- das Allgemeinwohl muss wieder vor das Einzelwohl gestellt werden.*

Doch nun zum Haushaltsentwurf der Verwaltung:

Haushaltszusammenfassung

Der Ergebnishaushalt beruht auf geplanten Erträgen in Höhe von 40.000.000 EUR und Aufwendungen in Höhe von 42,5 Mio EUR.

Im Ergebnis wenden wir 2.528.800 EUR mehr auf als wir einnehmen.

Ich war in den vergangenen Wochen auf den Tagungen der „Städtegruppe C“ des Städtetages – das sind die Städte mit weniger als 15.000 Einwohnern, und der „AG 10000“ des Gemeindetages, das sind die Gemeinden über 10.000 Einwohner. Von den vertretenen etwa 100 Städten und Gemeinden kann keine einzige für das kommende Jahr einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorlegen.

Der Systemwechsel von der Kameralistik auf die Doppik ist also nicht geglückt. Es kann auch nicht funktionieren, wenn man jahrzehntelang die Abschreibungen nicht erwirtschaften musste, und dies nun auf Knopfdruck erfolgen soll. Es muss hier dringend eine landesweite Lösung her.

Dazu kommt, dass die Aufstellung des Haushaltes extrem erschwert wird, wenn erst Mitte Dezember von Seiten des Landes die Finanzierungsmittel feststehen. Eine gesetzeskonforme Haushaltsbeschlussfassung ist damit unmöglich.

Einnahmen

Die Gewerbesteuer hat sich in den vergangenen Jahren bei etwa 3 bis 3,5 Millionen EUR verstetigt.

Sie erinnern sich, Anfang der 2010er Jahre haben wir regelmäßig etwa 1 Mio EUR eingenommen, und selbst diese Million hat gewackelt.

Für das kommende Jahr gehen wir von etwa 3,25 Mio EUR aus.

Wir profitieren von den verbesserten Steuerschätzungen:

- der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird sich auf etwa 10,1 Mio EUR belaufen, ein Plus von 870.000 EUR.

- die Schlüsselzuweisungen betragen etwa 8,9 Mio EUR, auch das sind 870.000 EUR mehr, darin enthalten 481.000 EUR für finanzschwache Kommunen.

- die Investitionspauschalen steigen um 216.000 EUR auf 1.646.000 EUR, Grund: höhere Kopfbeträge.

- bei den Gebühreneinnahmen rechnen wir mit 4.069.000 EUR, das sind 330.000 EUR mehr als im Plan 2022. Hier zeichnet sich aus, dass wir mit den Gebührenanpassungen „näher dran“ sind und diese nicht jahrelang herauschieben.

Es zeigt sich, dass unsere Anstrengungen der vergangenen Jahre wichtig waren, wir sind jedoch noch nicht fertig. Wir werden auch weiterhin Einnahmen steigern und Ausgaben reduzieren müssen.

Aufwendungen

Meine Damen und Herren,

in einer Facebook-Gruppe, in der sich immer wieder Menschen austauschen, die glauben, alles zu wissen, las ich neulich, dass die Personalausgaben der Stadt 2 Millionen EUR betragen. Bei 220 Mitarbeitenden wären das immerhin knapp über 9.000 EUR pro Mitarbeitenden und Jahr oder etwa 4,50 EUR pro Stunde.

Keine Angst, wir zahlen mehr als den Mindestlohn.

Alleine die Aufwendungen für das Personal in unseren drei städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen, dem Hort und der Kernzeitbetreuung belaufen sich auf etwa 2,75 Millionen EUR.

Bei unserem Personal bei den technischen Diensten haben wir in den vergangenen Jahren großen Wert darauf gelegt, durch gezielte Personalauswahl Fremdleistungen zu verringern. Das ist uns auch gelungen, und das ist auch sehr wichtig, gerade in einer Zeit, in der man auf Handwerker oft lange warten muss.

Es ist ganz folgerichtig, dass dann die Personalkosten steigern. Man muss dann jedoch auch sehen, dass sich die Fremdleistungen deutlich höher reduzieren.

Ein Beispiel für die Effektivität in der Verwaltung: Mit einem Stellenanteil von etwa 1,1 Vollzeitäquivalenten werden 1.900 Schüler und 530 Kindergartenplätze betreut - 6 Schulen in unserer Trägerschaft, dazu 3 eigene und 10 weitere Kindergärten.

Die Personalgewinnung im öffentlichen Dienst fällt schwer. Wir haben einen Arbeitnehmermarkt, und insbesondere im Baubereich ist es aktuell nicht möglich, Stellen zu besetzen, wenn man an die Stellenbewertungen gebunden ist.

Ich bin sehr dankbar, dass vor einem Jahr der Personalbereich auf mich zukam und eine Software für die Personalakquise vorgeschlagen hat. Die Kosten von etwa 6.000 EUR pro Jahr ersparen uns Stellenanzeigen in Zeitungen in Höhe von etwa 15 – 20.000 EUR. Erfolg haben wir damit auch: auf die Stelle in der Nachfolge von Frau Meyer zu Schwabedissen haben wir 26 Bewerbungen erhalten, davon zahlreiche wirklich brauchbare.

Die Personalkosten planen wir mit einer Steigerung um 2,8 % auf 11.128.500 EUR. Hier nicht eingerechnet sind Förderungen in Höhe von etwa 250.000 EUR, die wir erhalten.

Die Personalaufwendungen steigen also niedriger als wir den Tarifabschluss erwarten. Im Klartext: Es werden Stellen nicht nachbesetzt, und einigen dringenden gemeldeten Bedarfe der Fachbereichsleitungen konnte ich im Entwurf nicht Rechnung tragen.

Bei der Unterhaltung der baulichen Anlagen gehen wir nach 2,5 Mio. im letzten Jahr nun von etwa 2,1 Mio und damit von 400.000 EUR weniger aus. Das hängt damit zusammen, dass wir vieles umgesetzt haben, und andererseits die personellen Ressourcen sorgsam betrachtet wurden.

Jedoch erwarten wir Steigerung bei den Energiepreisen um etwa 820.000 EUR – das sind 67 % - auf nunmehr 2.045.200 EUR!

Die Umlage nach dem Finanzausgleichsgesetz wird sich mit 4,8 Mio auf dem Niveau des Jahres 2022 bewegen.

Wir sind sehr froh, dass die Kreisumlage nicht wie ursprünglich vorgesehen um einen Prozentpunkt erhöht wurde. Das hätte für uns Mehraufwendungen von etwa 240.000 EUR bedeutet.

So bleibt Kreisumlage mit etwa 5,3 Mio EUR etwa auf Vorjahresniveau.

Investitionen

Die Investitionen orientieren sich am finanziell und personell Machbaren.

Wir planen Investitionen in Höhe von 4,6 Millionen EUR, wofür wir etwa 560.000 EUR Förderungen und Zuschüsse erwarten.

Auf die größten und wichtigsten Posten will ich kurz eingehen.

Die Einführung des Ratsinformationssystems wird insgesamt etwa 60.000 EUR bedürfen. Dies spart jedoch zukünftig Arbeitszeit und Sachkosten.

Für den Erwerb und erste Sanierungsmaßnahmen des Martin-Luther-Hauses sehen wir insgesamt 960.000 EUR vor. Es ist für die Stadt von enormer Bedeutung, eine geeignete Veranstaltungshalle zu bewahren, die öffentlich zur Verfügung steht.

Die Villa Menzer wird zu „Freiräumen“. Ein wichtiges Projekt für unsere Stadt. Für 2023 planen wir Investitionsmaßnahmen in Höhe von 250.000 EUR. Die Bundesförderung beläuft sich auf 65 %. Allerdings hat auch diese Förderung eine kleine Einschränkung. Bauhofleistungen werden nicht gefördert. Wir hoffen, dass wir die notwendigen Maßnahmen für die Testphase an Handwerker vergeben können, ansonsten müssen wir die Umbaumaßnahmen selbst und ohne Förderung durchführen. Wir freuen uns auf die Testphase im Mai und Juni 2023. Wir sind vom Konzept überzeugt und sicher, dass dies erfolgreich sein wird. Mit dem Martin-Luther-Haus haben wir dann „M + M“ – zwei vermietbare Objekte in den verschiedensten Größen- und Nutzungsarten.

Wir werden das Grundstück und Gebäude des Kindergarten Rumpelstilzchen erwerben, mit Nebenkosten beläuft sich dies auf 215.000 EUR, der Abschluss des Notarvertrages wird im ersten Quartal erfolgen.

Im Brandschutz planen wir Investitionen in Höhe von etwa 420.000 EUR. Nachdem nun in Waldhilsbach beide Fahrzeuge in den vergangenen Jahren neu ersetzt wurden ist nun der MTW in Mückenloch mit einer Beschaffung dran, und außerdem Planungsraten für ein neues Fahrzeug in Dilsberg und die Drehleiter. Aktuell bestehen Beschaffungsfristen von 3 bis 5 Jahren bei Feuerwehrsonderfahrzeugen. Auch die Planung des Feuerwehrhauses Dilsberg wird weitergehen und es sind entsprechende Haushaltsmittel vorgesehen.

Die Warnsirenen sind beauftragt. Nach der Bundesförderung von 104.500 EUR bleiben an uns rund 220.000 EUR hängen. Die Investition ist aber sehr wichtig, um die Bevölkerung über verschiedensten Gefahren informieren zu können.

Für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen sehen wir rund 730.000 EUR vor. Neben den PV-Anlagen auf Dächern und auf der Deponie in Mückenloch haben wir das „Radhaus am Rathaus“ und Fahrradabstellanlagen vorgesehen. In diesem Betrag nicht enthalten sind energiesparende Maßnahmen an unseren Gebäuden.

Unsere Schulen sind digital bereits hervorragend aufgestellt. Wir haben die Mittel des Digitalpaktes wirksam und sinnvoll eingesetzt. Weitere 325.000 EUR haben wir vorgesehen, wobei immer wieder zu betonen ist: 20 % der Investitionen tragen wir selbst, und auch die Folgekosten.

Wir waren übrigens eine der wenigen Kommunen, die frühzeitig die Fördermittel eingesetzt hat.

In die Abwasserbeseitigung werden wir 370.000 EUR investieren, darunter 120.000 EUR für den Anschluss der Gruben im Neckarhäuserhof.

70.000 EUR investieren wir in unsere Spielplätze – insgesamt stehen unseren Kindern 33 Spielplätze zur Verfügung.

Der Glasfaserausbau wird hoffentlich kommen – das hängt jedoch dann vor allen Dingen von der Nachfrage bei den Bürgerinnen und Bürgern ab -, die Vorvermarktung beginnt am 15.03.2023, und wir haben Mittel für den dann möglichen Anschluss der öffentlichen Gebäude aufgenommen.

Durch den Verkauf von Gebäuden planen wir knapp 890.000 EUR zu erlösen.

Kreditaufnahmen / Schuldenstand

Der Schuldenstand der Stadt Neckargemünd betrug Ende 2016 etwa 10 Millionen Euro.

Ende 2022 haben wir Verbindlichkeiten in Höhe von 4.938.468 EUR. Gemeinsam ist es uns also in den vergangenen 6 Jahren gelungen, unsere Schulden zu halbieren.

Es gibt ja fleißige Leserbriefschreiber, die nicht müde werden, von einer „Überschuldung“ Neckargemünd zu sprechen. Bedauerlicherweise finden diese in der Presse auch noch ständig ein Forum für ihre Unwahrheiten. Diese sollten endlich mal zur Kenntnis nehmen: Neckargemünd ist nicht überschuldet.

Im Kreis liegen wir Ende 2021 bei den Verbindlichkeiten inkl. den Eigenbetrieben auf Platz 14 (1 ist der beste!) mit 431 EUR Schulden pro Kopf, der Kreisschnitt liegt bei 1.131. Nimmt man nur die Verbindlichkeiten des Kernhaushaltes liegen wir auf Platz 25, hier liegt der Kreisschnitt bei 596 EUR.

Der ihnen vorzulegende Haushaltsentwurf beinhaltet eine Darlehnsaufnahme von 2.000.000 EUR, bei Tilgungsleistungen von 750.000 EUR also eine Netto-Kreditaufnahme von 1.250.000 EUR.

Der Stand der Verbindlichkeiten würde sich Ende 2023 bei etwa 6,18 Mio. EUR bewegen.

Nach einer Rücklagenentnahme von etwa 1,4 Mio EUR betragen die Rücklagen Ende 2023 dann etwa 6,4 Millionen EUR.

Das Ganze bei Vermögenswerten in Höhe von etwa 110 Millionen EUR.

Meine Damen und Herren,

ich schließe mit einem Zitat von Hermann Schmitt-Vockenhausen, dem deutschen Verleger, Juristen und Politiker:

„Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.“

Der Staat muss die Gemeinden stärken, und nicht weiter schwächen.

Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bei der Aufstellung des Haushaltes mitgewirkt haben, besonders bei den Herren Möhrle und Jakob.

Einige mussten wir enttäuschen, weil wir wichtige und richtige Haushaltsanmeldungen auf unsere Listen B und C verschieben mussten.

Der Haushaltsentwurf wird den Gremien noch in dieser Woche zugehen. Wir beraten dann wie gewohnt in der Haushaltsklausur im Januar und planen die Verabschiedung am 28. Februar 2023.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

2.3: **Beschluss:**

Ein Beschluss des Gemeinderates ist nicht erforderlich. Der Gemeinderat nimmt den Entwurf des Haushalts zur Kenntnis und wird diesen in einer Klausurtagung beraten.

3: **Waldhaushalt 2023**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 - Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister berichtet einfühend, der Wald bedecke ca. die Hälfte der Gemarkung Neckargemünd. Man sei sehr froh den Wald bei Herrn Robens und Herrn Reinhard in guten Händen zu wissen. Die schönste Gemeinderatssitzung sei jedes Jahr die Waldbegehung, da man sehr viel über den Wald in Neckargemünd lerne.

Herr Robens bedankt sich für die Gelegenheit einen Rechenschaftsbericht abzugeben und den Waldhaushalt für 2023 vorzustellen. Die tiefe Sorge um die Wälder durch den Klimawandel habe man gemeinsam. Ziel der Arbeit sei es, dass alle Urenkel einen artenreichen und gesunden Wald vorfinden. Da gehöre auch die Holzbewirtschaftung dazu. Bezugnehmend auf die Frage von Frau Ritter zu den Wäldern im Bundesbesitz sagt er, der Bund beziehe sich nur auf Wälder des Bundes. Die 10%-Forderung beziehe sich daher ebenfalls auf Bundeswälder.

Der Bürgermeister ergänzt, der Kommunalwald gehöre der Stadt Neckargemünd und man bewirtschaftete diesen.

Herr Robens erklärt zur Frage nach dem Einschlagsstopp für alte Buchenwälder, mit dem zugehörigen Durchführungserlass habe man Eingriffe zurückgestellt, soweit sie nicht unerlässlich seien. Handle es sich um einen Standort der mittel- oder langfristige keine Option für Buchen sei, würde man auf lichtbedürftige Eichen setzen. Die Vitalität der Buche nehme mit zunehmender Trockenheit weiter ab und man wolle vorbeugen und Wälder so bewirtschaften, dass sie wachsen und artenreich seien. Zur Frage, wohin das Holz gehe, sagt er, man habe eine Vielzahl an Baumarten und daher auch an Sortimenten. Bei der Buche habe man das Buchenstammholz, Buchenindustrieholz und in der Krone Brennholz – mit einem Schnitt gebe es so drei Sortimente. Jedes dieser Sortimente gehe an verschiedenen Interessenten, daher müsse man die Frage für jede Baumart einzeln beantworten. Die Befürchtung das Holz gehe zum großen Teil nach China, könne er ausräumen. Man bediene vorrangig lokale und regionale Kunden wie regionale Sägewerke. Dies habe man jedoch nicht für alle Sortimente oder auch bei einem Überangebot gehe Holz zum Teil nach China. Dabei handle es sich um einen äußerst geringen Umfang und man selbst exportiere nichts.

Herr Reinhard ergänzt, beim Holzmarkt handle es sich um einen normalen Markt. Es werde Holz an Sägewerke verkauft, die dann verkaufen würden, wohin sie wollen. Es werde nur direkt exportiert, wenn der regionale Markt nicht alles aufnehmen könne. Dies seien maximal drei bis vier Prozent.

Zur Frage von Frau Habermann sagt Herr Robens, die Festmeter-Begrenzung habe es bisher noch nicht gegeben. Wegen der hohen Nachfrage, dem reduzierten Hiebsatz und dem Wunsch, das Holz gerecht zu verteilen habe man die Begrenzung auf 15 Festmeter dieses Jahr eingeführt. Er betont weiterhin, dass das Stammholz wertbringend vermarktet und nur das Kronenmaterial als Brennholz verkauft werde.

Herr Reinhard weist auf den sozialen Aspekt hin. Nicht jeder könne ausreichend mit Gas o.Ä. heizen und sei auf Brennholz angewiesen.

Herr Robens erklärt zum Förderprogramm klimaangepasstes Waldmanagement, dass das Kreisfortsamt sich damit befasst habe. Es seien jedoch noch sehr viele Fragen offen.

Der Bürgermeister weist auf die sehr kurze Antragsfrist von sechs Wochen hin.

Herr Robens erklärt weiterhin, wenn Mittel weg seien, gebe es keinen Anspruch mehr auf Förderung. In einem Punkt müsse er Frau Habermann widersprechen: PEFC und FSC seien beide im Programm. Es müsse nur ein anderes Modul gebucht werden. Aus seiner Sicht sei die Förderung jedoch eher für Verhältnisse im Norden und Osten mit Monokulturen geeignet, denn hier gebe es artenreiche Mischwälder. Wenn man sich hier an die Vorgaben halte, würde man lichtbenötigende Baumarten verlieren. Dann blieben nur Buchen, die auf vielen Standorten nicht mehr dem Klimawandel gewachsen seien. Aktuell dürfen man die Bestände nicht so lange dorthalten. Ohne Klimawandel würde er der Sache zustimmen.

Herr Reinhard ergänzt als Beispiel die Auswahl von fünf Habitatbäumen/-anwärter pro Hektar, die er aussuchen müsse. Dies würde ca. ein halbes Jahr dauern. Er könne daher nicht empfehlen in dieses Programm einzusteigen.

Herr Robens verspricht dies trotzdem weiter zu verfolgen, auch wenn es aktuell noch viele Unklarheiten gebe und er nicht dazu raten könne. Prinzipiell sei man immer für Fördermittel offen und prüfe genau, ob es auch zu den Gegebenheiten im Wald passe.

Herr Reinhard verweist zur Frage zum Klimaschutz auf den Weltklimarat, der die Fachbehörde sei, auf die er sich beziehe und diese empfehle eine geregelte Forstwirtschaft, wie sie in Neckargemünd gemacht werde.

Herr Robens berichtet über das Jahr 2021, eingeschlagen habe man 6077 Festmeter und nur 6% der Fläche seien unter die Zwangsnutzung gefallen. Dies sei ein sehr niedriger Wert. Man habe 2021 gutes Waldwetter gehabt mit einem wunderbar verregneten Sommer. Der Hiebsatz sei reduziert, auch wegen der Anpassung an den Klimawandel und den neuen Vorgaben, die im Herbst gekommen seien. Es bleibe noch genug Zeit zum Aussteuern und man werde in den kommenden Jahren noch etwas einsparen. Es habe 970 Pflanzungen gegeben. Man pflanze vor allem Bäume mit guter Klimaanpassung. Finanziell sei man besser rausgekommen als geplant. Gründe dafür seien Förderaspekte und erst 2021 kassenwirksame Einnahmen aus dem Vorjahr. Für 2022 stehe man besser da, als ursprünglich befürchtet. Die Holzmarktsituation sei uneinheitlich: Fichte durchwachsen, Douglasie überhaupt nicht absetzbar und die Nachfrage nach Laubholz dafür unglaublich hoch. Weiterhin erklärt er, dass ein unbewirtschafteter Wald CO₂-neutral sei. Ein nachhaltig bewirtschafteter Wald, aus dem Holz für langfristige Verwendung entfernt werde, entziehe tatsächlich CO₂. Außerdem ersetze Holz unter Umständen andere Werkstoffe, die mehr CO₂ freisetzen.

Herr Reinhard stellt den Plan für 2023 vor und betont dabei, dass man für einen plastikfreien Wald sei. Plastik werde nicht zur Abdeckung von Holz verwendet und auch die Schutzhülsen für junge Bäume würden eingesammelt und wiederverwendet. Geplant sei die Kultursicherung auf 50 Teilflächen, wie vom Zertifizierer erlaubt, und die Jungbestandpflege. Es werde ein hohes Defizit von ca. 148.000€ erwartet. Ursachen seien der geringere Hiebsatz, Gebiete mit sehr teuren

Hieb auf Grund der örtlichen Gegebenheiten, gestiegene Preise für Unternehmerleistungen, die Preissteigerungen insgesamt und höhere Stundenlöhne.

Der Bürgermeister betont, dass nur ca. 0,1% der Waldfläche genutzt werde, um in den Wald einzugreifen.

3.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser dankt im Namen der Fraktion für den ausführlichen Bericht und für geduldigen Antworten bei der Waldbegehung. Auswirkungen des Klimawandels seien auch in Neckargemünder Wäldern sichtbar. Nun würden sich Fachleute streiten, mit welchen Maßnahmen man dem Wald helfen sollte. Bei der Waldbegehung im September seien alle Fragen fundiert beantwortet worden: wann und wo gerodet werde, das Totholzkonzept und vieles mehr wurden erläutert. Die Begeisterung und Liebe zum Wald sei immer spürbar gewesen. Die Förster würden sich an ihrer Erfahrung und den neuesten Erkenntnissen orientieren, jedoch wisse heute niemand, was langfristig richtig sei. Immer wieder müsse nachgebessert und überprüft werden. Nichtsdestotrotz seien die Probleme im Wald lediglich Symptome des menschengemachten Klimawandels: Der Wald müsse als CO₂-Speicher erhalten bleiben. Die Fraktion bedauere es sehr, dass Verwaltung, SPD und Freie Wähler dem runden Tisch von den Grünen und der CDU nicht zugestimmt hätten. Auf dem Weg zur Sitzung sei ihr noch eingefallen, dass man vor 40 Jahren auch mal das Ende des Waldes auf Grund von sauren Regen vorhergesagt habe.

Stadtrat Rehberger sagt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Robens, sehr geehrter Herr Reinhard, werter Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, in diesem Jahr jährt es sich zum 33. Mal, dass ich an der Verabschiedung des Waldhaushaltes mitwirke. Seit dieser Zeit hat auch Herr Reinhard jedes Jahr den Waldhaushalt und seine Arbeit hier im Rat vorgestellt und jedes Jahr wurde der Waldhaushalt einstimmig vom Gemeinderat verabschiedet. Das ist unseres Erachtens ein großes Lob und ein Vertrauensbeweis. Herzlichen Dank an alle Beteiligten für ihr Engagement.

Wie schon im Jahr 2022 wird sich auch im nächsten Jahr der Hiebsatz bei 4.310 Festmeter einpendeln und somit noch um 500 Festmeter unter der Marke, die uns die Forsteinrichtung vorgegeben hat, liegen. Das hat natürlich zur Folge, dass wir weniger Einnahmen generieren und wie auch schon im laufenden Jahr mit einem Minus von ca. Euro 100.000, -- lt. Plan in 2023 abschließen werden. Um es aber ganz deutlich zu sagen: dies ist uns der Wald wert, wenn wir dadurch den Wald nachhaltig bewirtschaften und für zukünftige Generationen erhalten.

Die Herausforderungen denen wir uns als Waldbesitzer und die Förster in ihrer täglichen Arbeit stellen müssen, werden durch den Klimawandel und die längeren Trockenperioden von Jahr zu Jahr größer. Es wird immer schwieriger die drei Grundfunktionen des Waldes nämlich die Ökologie, die Ökonomie und die Erholungsfunktion unter einen Hut zu bringen.

Wir haben gemeinsam mit den Forstfachleuten in den letzten Jahren die richtigen Weichen gestellt, um unseren Wald auf den Klimawandel vorzubereiten ohne die Ökonomie aus den Augen zu verlieren und unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie den Gästen den Wald als Erholungsgebiet zu erhalten. Im Mittelpunkt steht hier für uns die Artenvielfalt. Das heißt unseren Mischwald zu erhalten und auszubauen, da viele Baumarten, vor allem auch die in unserem Wald dominante Buche, mit der zunehmenden Trockenheit immer schlechter zurechtkommen. Denn nur die Artenvielfalt schützt unsere Flora und Fauna vor dem Klimawandel. Hier müssen wir eingreifen und können den Wald sich nicht selbst überlassen. Dies bedeutet, dass wir da, wo es möglich ist, die Naturverjüngung fördern. Die Durchforstung der Bestände, damit mehr Licht und Regen den Boden erreicht. Damit einhergehend gehört hier auch eine möglichst schonende Holzernte dazu, um Platz für klimaresistendere Baumarten zu schaffen. Des Weiteren muss das Tot- und Altholzkonzept weiterverfolgt werden und auch die Anlage von Biotopen, wie bisher schon, gefördert werden. Was wir auch nicht außer Acht lassen dürfen ist, dass bereits heute ca. 10% oder 76 Hektar unserer gesamten Waldfläche bereits aus der Nutzung genommen sind. Seit über 20 Jahren wird der Neckargemünder Wald nach dem PEFC-Zertifikat bewirtschaftet. Damit ist eine naturverträgliche Waldbewirtschaftung sichergestellt. Auch in unserem überarbeiteten Klimaschutzkonzept wird dem Wald, auf unseren Antrag hin, ein entsprechender Absatz gewidmet, um die Wichtigkeit des Waldes zu unterstreichen.

Das Klimaschutzkonzept dient dem Gemeinderat quasi als Überschrift bei allen seinen Entscheidungen und muss beachtet werden. Wir sind mit unserem Waldumbau auf einem sehr guten Weg und sind bereits schon weiter als viele andere Kommunen und Waldbesitzer.

Es gibt aber in der Natur viele Parameter, die wir nicht beeinflussen können wie zum Beispiel Schädlinge, Stürme, Trockenheit, Nässe und vieles mehr. Das heißt nichts anderes, als dass wir heute nach bestem Wissen und Gewissen auf den derzeitigen Erkenntnissen Entscheidungen treffen müssen über deren Erfolg oder Misserfolg unsere Nachkommen in 100 oder 150 Jahren urteilen werden.

Daher können wir die immer wieder geäußerte Kritik an unserer Waldbewirtschaftung, unter anderem durch die BI Waldwende und deren Berater, absolut nicht verstehen. Gerade diese Kritiker gehören mit Ihrer Meinung den Wald weitgehend sich selbst zu überlassen zu einer kleinen Minderheit im Forstwesen, ohne dass dies wissenschaftlich fundiert und erforscht ist. Zwar haben diese Berater irgendwann einmal das Forsthandwerk erlernt, tragen aber seit Jahren keine Verantwortung für ein Revier und sind nicht täglich vor Ort. Vielmehr vermarkten sie sich als Autoren, Filmemacher, Vortragsredner und Teilnehmer in Talkshows selbst und verdienen damit ihren Unterhalt.

Wir fühlen uns bei unseren Förstern bestens aufgehoben und stimmen dem Waldhaushalt 2023 mit dem Hiebplan und den weiteren Maßnahmen zu und bedanken uns bei Herrn Robens und Herrn Reinhard sowie allen Mitarbeiter/innen für die geleistete Arbeit.“

Stadträtin von Reumont sagt im Namen der Fraktion, dass man ebenfalls zustimme und spricht den Förstern ihr vollstes Vertrauen aus. Man wisse die Geduld und das

Interesse sehr zu schätzen. Es sei auch eben deutlich geworden, dass man alle Handlungsfelder im Blick habe. Hinsichtlich der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger habe sie folgende Überlegungen: Der Wald könne in das Klimaschutzleitbild übernommen und auch mehr als zwei Mal im Gemeinderat besprochen werden, um alle Interessierten mitzunehmen. Interessant sei, dass es nun in der Dezembersitzung besprochen werde und damit auf fruchtbaren Boden falle, da der 5. Dezember Boden-Tag sei. Der geheime Klimaretter Boden als Nahrungsgrundlage und meist nicht im Bewusstsein, wenn es darum gehe, wie wichtig er für das Klima sei. Der Waldboden trage mit seinen Bakterien dazu bei, Treibhausgase in der Atmosphäre zu senken. Dies gehe jedoch nur, wenn der Boden intakt bleibe.

Im Rahmen der Bodendauerbeobachtung des LUBW würden Daten ausgewertet, um Aussagen über Klimaveränderungen zu treffen, welche schon stattgefunden haben, wie die Zunahme von Starkregenereignisse und die Methansenkung des Bodens. Am 19.12. 2022 sei der jährlicher Zustandsbericht von Baden-Württemberg erschienen. Als Indikator werde der Kronenzustand der Bäume genutzt und ein systematisch angelegtes Stichprobennetz lasse folgende Rückschlüsse zu: Der Sommer habe den Wäldern extrem zugesetzt. Infolge von Borkenkäferbefall sei eine große Fläche in Baden-Württemberg als geschädigt einzustufen; bei Buchen, Douglasien und Fichten gebe es starke Kronenschäden laut der Studie. In den 80er und 90er Jahren sei saurer Regen ein Thema gewesen. Daraus schließe die Fraktion, es gebe viel zu besprechen, die Förster würden zwar gut auf Fragen eingehen, doch so könne man nicht alle Interessenten erreichen. Die Fraktion rege an, ein Forum zu schaffen, um Bürgerinnen und Bürger intensiver daran teilhaben zu lassen. Weiterhin dankt sie den Förstern für ihre Arbeit und wünscht mehr offene Diskussionen.

Stadtrat Schimpf spricht für die SPD. Als Vierter bleibe nur eine einfache Stellungnahme und man verbinde die Zustimmung zum Waldhaushalt mit dem Bekenntnis zur Waldwirtschaft, wie sie gemacht werde. Die Holzernte sei nie der Maßstab für die Arbeit der Förster gewesen. Man habe den Hiebsatz zurückgefahren, der Holzbedarf sei aber nun größer. Wenn man nicht mehr Holz aus den Tropen oder Osteuropa nutzen wolle, müsse der eigene Wald stärker genutzt werden. Die Buche sei prägend, vertrage aber die Dürre nicht, daher müsse man Eichen in Maßen einen größeren Anteil verschaffen. Da diese aber mehr Licht bräuchten als ein dichtes Buchendach bieten könne, sei eine Lichtung nötig.

Stadtrat Fritsch sagt, die Förster hätten viel Zeit in den Wald investiert und viel Fachwissen an alle rübergebracht. Er hoffe, dass auch alle Anwesenden dies verstanden haben. Das Multitalent Wald müsse für vieles herhalten, wie zum Beispiel Naherholung, Ernährung der Tiere und Pilze. Die Förster hätten schon vor Jahrzehnten erkannt wohin die Reise gehe und ihn darauf hingewiesen. Peter Hauk habe gesagt, „Geld sei genug da, Manpower brauche man.“, um Wald auf Vordermann zu bringen. Er sei glücklich, dass die Förster das Gremium auf den richtigen Weg führen.

Stadtrat Schmitz fragt, ob verschiedene Eichenarten unterschiedlich mit Trockenheit zurechtkommen. Es gebe Berichte nach denen Schäden an Eichen größer seien als an Buchen. Zum Thema Brennholz sagt er die nachhaltigste Nutzung des Holzes sei die

stoffliche Nutzung, vorzugsweise die langjährige Nutzung im Baubereich. Er könne dies nur unterstützen. Bei einer Fachtagung zur Zukunft des Laubholzes seien Zuwächse in der Nutzung als Brennholz zu Sprache gekommen. Dem wolle man nicht tatenlos zusehen und daher die Förderung von Holzheizungen künftig einstellen. Man mache sich in der Sache jedoch unbeliebt. Auch für Kronenholz gebe es stoffliche Verwendungsformen. Weiterhin fragt er, wie die Aussichten seien, jüngere Waldmitarbeiter zu finden.

Herr Robens antwortet, der Waldzustandsbericht orientiere sich am Belaubungsbestand. Eichen würden immer mal mies aussehen, weil sie von Insekten angefressen würden, sich davon aber erholen. Die Eiche sei immerhin auch Lebensraum für 100 Schmetterlingsarten. Für die Schwachholz-Nutzung der Laubbäume sei es schwierig außerhalb des Brennholzes etwas zu finden. Für Spanplatten würden wegen der Faserlänge eher andere Hölzer bevorzugt. Fachkräftemangel sei überall ein Problem, er werde jedoch Personalfragen nicht öffentlich diskutieren.

Stadtrat Rothe bezieht sich in einer Anmerkung auf § 50 des Landeswaldgesetz wonach ein Betriebsplan verpflichtend sei. Da 50 % des Waldes Staatswald seien, solle sich die Waldwende dort melden. Die Stadt Neckargemünd sei für diese Wälder der falsche Ansprechpartner.

Stadträtin Welter fragt zu den gezeigten Bildern der Buchen am Waldrand, ob der schlechte Zustand auch im Wald bestehe. Weiterhin möchte sie wissen, wie gut die Nachpflanzungen funktionieren, da es bei der Traubeneiche 250 Pflanzungen und 500 Wiederholungspflanzungen gegeben habe.

Herr Robens antwortet, die Beobachtungen der Absterbeerscheinungen von Buchen mache man auch im Wald und nicht nur bei freistehenden Buchen. Die Wiederholungspflanzungen würden sich auf mehrere Vorjahre beziehen, da einiges vertrocknet sei. Ca. 20 % müsse man nachbessern.

Stadtrat Hertel schlägt eine bessere Bürgerbeteiligung vor, nur nicht als Forum, da man wissenschaftlich auf unterschiedlicher Basis sei. Zu den Aussagen von Stadtrat Schmitz sagt er, vor Jahren habe man noch Pellet- und Holzheizung bevorzugt und nun werde Holz in der Baubranche gesucht. Da müsse man einen Ausgleich finden und nicht nur hü und hott die Meinung ändern. Es sei ein Überbedarf da, weil es alle wollten und die Baubranche suche händeringend nach Holz.

Stadtrat La Licata dankt den Förstern für Ihre Arbeit.

Herr Robens sagt zum Vorschlag zur Einbeziehung der Bürgerschaft von Stadträtin von Reumont, dass man Führungen im Wald anbiete. Die sei auch für das nächste Jahr geplant. Herr Reinhard habe die „Waldretter“ ins Leben gerufen, was man auch wiederaufnehmen könne. Dies alles sei jedoch mit Aufwand verbunden und man habe nur begrenzte Kapazitäten.

Stadträtin von Reumont möchte eine tiefe Diskussionen mit Forschern und Wissenschaftlern und der Bevölkerung, damit der Transformationsprozess von allen mitgetragen werde. Es müsse nicht Forum genannt werden. Ihr gehe es ums Zuhören, Lernen und sich einbringen.

Herr Robens kommt noch einmal auf den intakten Boden zurück, der von Stadträtin von Reumont angesprochen wurde. Zum erwähnten Waldstandbericht könne er nicht viel sagen, da dies vom Einzelstandort abhängig sei. Die Methanbindung sei ihm nicht geläufig und Moore seien hier kein Thema. Es gebe aber eine Bodenschutzkalkung, die mit 90% der Nettokosten bezuschusst werde. Hinsichtlich der auch nachgefragten Gebiete von 10% der Gesamtfläche ohne Bewirtschaftung sagt er, dass er nur vom Stadtwald sprechen könne und von den 25 Hektar 7,5 nicht bewirtschaftet würden.

Herr Reinhard nennt beispielhaft den Specht, dessen Revier einen Radius von fünf km habe. Mehr machen würde da nichts bringen, denn in diesem großen Revier würde weiterhin nur einer leben und man habe bereits ausreichend ungenutzten Wald.

Der Bürgermeister weist darauf hin, ein Dialog müsse auch so sein, dass man auch zuhöre. Man höre sich an, was alles schief laufe und erläutere dann das Vorgehen. Doch danach hieße es, es stimme nicht oder gehe so nicht. Man habe sehr verdiente Mitarbeitende, die schon sehr lange – um die 40 Jahre – dabei seien.

3.3: Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Waldhaushalt 2023 einstimmig zu:

Produkt 5550, Forstwirtschaft

Sachkonto	Erträge	Betrag in EUR
31480000	Zuweisungen und Zuschüsse	28.900
34110000	Mieten und Pachten	27.000
34210000	Erträge aus Verkauf	288.000
34210100	Vermischte Erträge	1.000
		<hr/> 344.900
Sachkonto	Aufwendungen	
40000000	Personalausgaben	132.300
42110000	Unterhaltung Grundstücke / Felssicherung	50.000
42510000	Haltung von Fahrzeugen	11.300
42610000	Bes. Aufwendungen für Beschäftigte	2.000
42710100	Ernte von Forsterzeugnissen	151.800

42710200	Kulturen	5.000
42710300	Forstschutz	3.400
42710500	Erschließung	16.000
42710600	Sozialfunktion	500
44310000	Geschäftsaufwendungen	26.000
44310400	Telefon / Datenkommunikation	200
44410000	Steuern, Abgaben, Versicherungen	12.500
44520000	Erstattung Verwaltungs- u. Betriebsausgaben	71.000
48110000	Aufw. Verrechnung Bauhof	10.600
		492.600

Investive Maßnahmen:

Eine leichte Motorsäge	1.300
------------------------	-------

4: **Mitteilungen und Anfragen**

4.1: **Leserbrief zur Umsatzsteuer bei Hortessen in der RNZ:**

Der Bürgermeister sagt, er schaue immer Nachrichten, habe kein Rundschreiben und keine Info in der Presse gesehen, dass die Verlängerung im Oktober gekommen sei. Selbst dem Caterer und Sozialamt sei dies nicht bekannt gewesen. Die Minderbesteuerung der Speisen mit 7% gelte weiterhin. Die Beschlussvorlage sei somit falsch. Noch sei nichts passiert, außer dass sich Frau Walter unnötig Arbeit gemacht habe. Die alten Preise würden weiterhin gelten. Die entsprechende Änderung komme im Januar und es sei kein Schaden entstanden.

Weihnachtsgeschenk

Stadtrat Rehberger bedankt sich für die Arbeit in 2022 und das Präsent.

Tempo 30 in Bahnhofstraße/Kleingemünd

Stadtrat Katzenstein kritisiert die Endlosdiskussion zu Tempo 30 in der Bahnhofstraße mit dem VRN wegen zu großer Einwirkung auf dem Busverkehr und fragt nach der Umsetzung in Kleingemünd. Da sei dies doch sicher vernachlässigbar und solle dort schon umgesetzt werden, insbesondere bei Teilstücken ohne Busverkehr.

Der Bürgermeister entgegnet, alle Teilstücke seien vom Busverkehr betroffen. Das Busunternehmen solle vorrechnen, was das ausmache. Es sei ein Irrglaube, dass der Bus auf 50 km/h beschleunigen würde. Er habe dies überprüft und sein Maximum sei 37 km/h auf der fraglichen Strecke gewesen. Der Bus müsse dann auch schon wieder wegen der nächsten Haltestelle bremsen. Er zweifle an, ob das vom ÖPNV stimme. Es gebe außerdem eine recht große Fahrplanreserve. Da zwischen 20 und 6 Uhr nicht so viele Busse fahren, habe man Anfang November weitergegeben, dass es für diese Zeit schon umgesetzt werden solle.

Radspuren Bahnhofstraße

Stadtrat Katzenstein schlägt vor, dies von Ortseingang bis Rathaus schon umzusetzen. Dies habe er bereits an den Rhein-Neckar-Kreis weitergegeben und werde nach den Feiertagen nachfragen.

Griechische Weinstube

Stadträtin Oppelt fragt nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister berichtet, es gebe einige Kontakte, die man mit Plänen versorge. Es seien auch Haushaltsmittel für dieses und ein anderes Objekt vorgesehen.

Christbaumsammelaktion

Stadtrat Bernauer möchte die Diskussion aus Mauer aufgreifen und fragt ob auch in Neckargemünd thermisch verwertet werde.

Der Bürgermeister teilt mit, die Christbäumen würden zur AVR in die Biomasse gegeben. Die Jugendfeuerwehr plane die Sammlung am 13. und 14. Januar 2023.

Weihnachtsbaum am Friedhof

Laut Stadtrat Wachert wurde der Wunsch der Bevölkerung, diesen auch zu beleuchten, an ihn herangetragen.

Der Bürgermeister sagt, am 21.12. werde er keinen Bauhof mehr dazu hinschicken. Nächstes Jahr werde die Thematik neu besprochen.

Rainbach 2.0

Stadtrat Fritsch fragt nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister antwortet, die Entscheidung liege nun beim Landratsamt. Dort habe man das Votum aus Neckargemünd sowie die Pläne und entscheide.

Wiesenbacher Straße

Stadträtin Schlüchtermann kritisiert, dass an der Ausfahrt der Tiefgarage die Hecke nicht zurückgeschnitten und diese Stelle daher für Schulkinder nicht einsehbar sei. Zur Jubiläumsfeier des Stadtteilvereins habe man dies bereits angesprochen. Eventuell könne man Spiegel anbringen.

Der Bürgermeister werde das noch einmal aufnehmen und beim Landratsamt ansprechen. Spiegel würden jedoch ungern gemacht und von Kindern eher schlecht gesehen. Der Rückschnitt der Hecke bringe was. Die Ausfahrt sei einfach ungünstig, jedoch beim Landratsamt so durchgegangen. Auch woanders habe man Risiken für Kinder und es bleibe immer ein Restrisiko.

Innenstadtberatung

Stadträtin Groesser fragt nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister berichtet, es habe bereits eine Tagung zu den Ergebnissen gegeben. Man wolle dies nun mit dem Arbeitskreis Innenstadt besprechen und Impulse holen. Im Januar oder Februar werde man darüber berichten.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Konrad

Die Schriftführerin

Stadtrat La Licata